

**Roland Mundle**
FraktionsvorsitzenderHöhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031/674874
☎ 07031/675062
☎ 01728111185
rolandmundle@aol.com**Stellungnahme zum Haushalt 2014
des Landkreises Böblingen**

Böblingen, 18. November 2013

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Bernhard,
sehr geehrter Herr Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse, liebe Gäste!

Der vorliegende Haushalt bietet wie seine Vorgänger wenig politischen Spielraum, das wurde von Ihnen, Herr Bernhard, bei der Einbringung des Haushaltes ja bereits deutlich gemacht. Gerade einmal 25 Mio. € des Gesamtvolumens von knapp 356 Mio. € können von uns kurzfristig beeinflusst werden, dies entspricht ca. 7 % des Haushaltsvolumens oder ca. 12,5% der Kreisumlage.

Sie haben außerdem die Herausforderungen deutlich gemacht, vor denen wir in den nächsten Jahren stehen und die wir größtenteils ohne entsprechende Förderungen und Gesetzesänderungen des Bundes und/oder des Landes nur schwer schultern können. Ein zentraler Punkt ist die vernünftige Finanzierung der Krankenhausversorgung, sowie die Mitfinanzierung des Strukturumbaus im Klinikverbund auf Basis des zu verabschiedenden Medizinkonzepts. Ebenfalls hier zu nennen sind: Der Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV, siehe Schönbuchbahn und Hermann-Hesse-Bahn, und die Verbesserung der Bildungschancen über die Entwicklung von regionalen Schulkonzeptionen.

Gerade weil das Thema Klinikverbund die anderen Themen in den Hintergrund drängt, ist es unserer Fraktion wichtig, dass wir diese Herausforderungen nicht aus den Augen verlieren.

Mit Blick auf den demografischen Wandel ist es jetzt besonders wichtig den Fokus noch stärker auf die Themen **Bildung** und **Jugendförderung** zu setzen.

Der Bildungsbericht hat uns gezeigt, dass wir im Landkreis zwar Stärken aber auch einige Schwächen haben, an denen wir arbeiten müssen. Mit dem Handlungskonzept Bildung wurde ein entsprechender Maßnahmenkatalog mit klaren Prioritäten erarbeitet, dieser sollte nun so schnell wie möglich Schritt um Schritt umgesetzt werden.

Wir können es uns doch gar nicht leisten, das Bildungspotential unserer jungen Menschen angesichts der demografischen Entwicklung nicht auszuschöpfen – von deren Lebenschancen einmal ganz abgesehen. Deshalb ist es unsere Pflicht, aber auch unsere soziale und moralische Verantwortung alle jungen Menschen nach ihren Fähigkeiten und Begabungen zu fördern. Dass dabei diejenigen mit den schlechteren Startchancen besondere Unterstützung benötigen, ist selbstverständlich!

Ihre Aussage Herr Landrat, Einsparungen im Sozialetat dürften kein Tabuthema sein, hat uns sehr beunruhigt. Aus welchem Grund sollten wir uns angesichts dieser Sachlage ausgerechnet hier von der sonst immer angestrebten Spitzenposition in ein Feld der Durchschnittlichkeit verabschieden? Dies wird aus unserer Sicht den besonderen Herausforderungen in unserem Landkreis nicht gerecht!

Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass uns hierbei eine angemessene Lastenübernahme des Bundes sehr helfen würde. Speziell eine höhere Beteiligung an den Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch den Bund wäre dringend erforderlich. Allerdings sieht es nicht danach aus, dass wir das von der neuen Bundesregierung erwarten können.

Wir stellen den Antrag nach der Kommunalwahl 2014, die Möglichkeiten zur Neustrukturierung der Ausschüsse Jugendhilfe sowie Bildung und Soziales zu prüfen. Da wir zukünftig die Aufgabenstellung haben die Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung zusammen zu denken, sollte der Zusammenfassung der Bereiche Schule und Jugendhilfe Priorität eingeräumt werden.

Die hohe Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in unserem Landkreis von 37,3 % im Dezember 2012 (36,7 % im Mai 2013), die erwerbstätig sind und dennoch Arbeitslosengeld II zum Lebensunterhalt benötigen („Aufstocker“), erfüllt uns mit Sorge, weil immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, die nicht auskömmlich sind. Wir beauftragen Sie dieses Thema auf Basis unserer im beigefügten Antrag gestellten Fragen näher zu beleuchten und uns zu berichten, welche Maßnahmen hier zukünftig ergriffen werden können.

Wir sagen trotz angespannter Finanzlage:

Mit uns wird es im Sozialetat keine Kürzungen geben, die zu einem Qualitätsrückgang führen! Dies wäre unverantwortlich!

Unser Bildungssystem befindet sich, ob wir dies begrüßen oder nicht, in einer drastischen Veränderung. Es stellt sich die Frage, wie wir unser Schulsystem umgestalten müssen, um in Anbetracht des demografischen Wandels langfristige, stabile Verhältnisse zu schaffen.

Ohne eine gemeinsame regionale Schulentwicklung werden wir es nicht schaffen hier gute Lösungen zu finden. Das Ziel muss sein: Schaffung bester Bildungschancen für alle.

Die Entwicklung geht hin zu einem zweigliedrigen Schulsystem: Gemeinschaftsschulen auf der einen Seite und Gymnasien auf der anderen Seite.

Wichtig ist hierbei, einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen. Dies bedarf einer regionalen Vernetzung aller Beteiligten. Daher unterstützt unsere Fraktion nachdrücklich die Bestrebungen der Verwaltung sich um die Teilnahme am Landesprogramm Bildung zu bewerben. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass alle Schularten in den Prozess eingebunden sind und hierzu zählen selbstverständlich auch die beruflichen Schulen und die Sonderschulen. Dabei sind auch die Themen Inklusion und Integration mit zu bearbeiten.

Um bei sinkenden Schülerzahlen (bis 2020 um ca. 20%) auch langfristig belastbare Entscheidungen zu treffen, bedarf es neuer Konzepte. Diese können nur gemeinsam, ohne dass eine Gruppierung ausgeschlossen ist, entwickelt und umgesetzt werden. Anknüpfungspunkte sind nicht Verwaltungsgrenzen, sondern Einzugsbereiche.

Viele Stadt- und Landkreise haben sich bereits in eine Verantwortungsgemeinschaft im Interesse der jungen Menschen begeben, dabei eine koordinierende Funktion übernommen und gemeinsam mit allen Akteuren die regionale Bildungslandschaft weiterentwickelt. Es wäre aus unserer Sicht geradezu sträflich, die Mittel des Landesprogramms Bildung nicht dazu zu nutzen.

Bei der regionalen Schulentwicklung geht es um mehr als Standortsicherung! Es geht um die Verbesserung schulischer Leistungen und die Minderung sozialer Ungleichheit!

Bei der **frühkindlichen Betreuung** sind wir zwar auf einem guten Weg, jedoch noch meilenweit entfernt von den selbst gesetzten Zielen. Daher ist es hier notwendig den bisherigen Einsatz noch zu erhöhen.

Beim **Thema Flüchtlingsaufnahme** begrüßen wir die Bestrebungen der grün-roten Landesregierung, die sich hier ergebenden steigenden Lasten für die Kommunen abzufangen. Auch die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sehen wir positiv. Bei der Flüchtlingsaufnahme handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Diese muss verantwortungsvoller als in der Vergangenheit angenommen werden. Die zusätzlichen finanziellen Lasten können jedoch unmöglich die Kommunen alleine tragen, das hat die grün-rote Landesregierung erkannt und wird dies auch verhindern. Die Herausforderung der Kommunen besteht in hohem Maße darin, akzeptable Quartiere bereitzustellen, die eine frühe Integration der Flüchtlinge ermöglicht. Flüchtlingen muss es ermöglicht werden kostenlos an Deutschsprachkursen teilzunehmen und zu arbeiten. Dies sind unabdingbare Bedingungen für deren Integration. Die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge ist hierzu bereit.

Es ist ein Skandal, was wir uns hier in der Bundesrepublik Deutschland in humanitärer Hinsicht leisten.

Die Beweggründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen, sind vielfältig. Ein Grund ist sicher die schiere Unmöglichkeit wirtschaftlich zu überleben. Die Menschen vor Ort zu unterstützen, ist für uns auch eine Aufgabe. Sicher nicht in der Form, einfach Geld irgendwo hinzuschicken. Wir meinen mit dem Einkauf von Fair-Trade-Produkten kann auch der Landkreis einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Bäuerinnen und Bauern, Arbeiterinnen und Arbeitern in den Betrieben vor Ort beitragen. Genießen Sie also auch Ihren Kaffee künftig bei Sitzungen mit dem guten Gefühl einen kleinen Beitrag für die Menschen geleistet zu haben, die Ihnen diesen Genuss ermöglichen.

Straßen und ÖPNV

Eine funktionierende und vielfältige Möglichkeit der **Mobilität** muss uns tatsächlich allen im Landkreis am Herzen liegen. Dabei stellt sich die Frage, welche Form der Mobilität ist zukunftsfähig? Bei den von uns mitgetragenen Maßnahmen zum Ausbau der Straßeninfrastruktur muss erkannt werden, dass ohne ein attraktives und funktionierendes Angebot von Alternativen zum Individualverkehr ein Verkehrsinfarkt dennoch unausweichlich ist. Ein Umsteuern ist aus unserer Sicht ohne Alternative.

Daher muss der Ausbau eines attraktiven ÖPNV, der Ausbau des Fahrradwegenetzes vorgebracht und das Angebot weiterer Konzepte (z.B. Car-Sharing) losgelöst vom eigenen PKW entwickelt werden.

Wir freuen uns über die Signale der grün-roten Landesregierung, dass die Elektrifizierung der Schönbuchbahn über die geplante „Härtefallregelung“ mit 75% gefördert werden soll, trotz der Notwendigkeit der Streckung der verfügbaren Landesmittel. Hierbei ist es aus unserer Sicht legitim, dass der Hauptgeldgeber Landesregierung die notwendigen Baumaßnahmen auf deren Umfang kritisch hinterfragt. Wenn alle Maßnahmen tatsächlich vollumfänglich

so erforderlich sind, sollte es der Landkreisverwaltung nicht schwer fallen, dies plausibel darzustellen. Zur Synchronisation der Sichtweisen findet Ende November auf unsere Anregung hin hierzu ein Abstimmungsgespräch mit dem verkehrspolitischen Sprecher der grünen Landtagsfraktion Andreas Schwarz in Stuttgart statt.

Ein Ausspielen der Schönbuchbahn gegen die Hermann-Hessebahn muss vermieden werden, auch wenn beide Maßnahmen durch Landesmittel finanziert werden. Auch für den Landkreis Böblingen ist ein funktionierender ÖPNV nach Calw wichtig, allerdings muss das Projekt vom Landkreis Calw gemeinschaftlich, in Abstimmung mit dem Landkreis vorangebracht werden.

Wie wir dem Kreishaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung entnehmen können, wird uns und den nächsten Kreistag das **Thema Straßensanierung** stetig mit einem erheblichen Haushaltsvolumen (ca. 6 Mio. €/Jahr) begleiten. Hier sehen wir Ansätze zur Kosteneinsparung. Wir müssen uns zukünftig noch stärker damit auseinandersetzen, welche Sanierungen, in welchem Umfang sinnvoll und notwendig sind. Weiterhin beantragen wir auf Basis des Erfahrungsberichtes der Sanierung der K 1058 in Weil im Schönbuch das Kaltrecyclingverfahren so konsequent wie möglich einzusetzen. Das Verfahren ist sehr innovativ und ökologisch, da das komplette alte Material der Straße vollständig wiederverwendet werden kann. Weiterhin besteht die Möglichkeit erhebliche Kosten einzusparen.

Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass der Landkreis Anfang 2014 mit der **Radwegekonzepktion** die Ziellinie erreichen wird. Wir sind allerdings der Meinung, dass sich dieses Thema nicht nur im Tourismus und Freizeitbereich wiederfinden darf. Wir müssen hier gemeinsam mit den Kommunen ein starkes Augenmerk legen auf die Attraktivitätssteigerung der Fahrradwege, die von Berufspendlern mit dem Fahrrad genutzt werden, aber auch auf die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln. Zumal die derzeitige Landesregierung hierfür momentan entsprechende Steilvorlagen liefert. Um zu zeigen, wie wichtig dem drittgrößten Arbeitgeber im Kreis die Nutzung des ÖPNV ist, beantragen wir, dass der Landkreis die Anreize zur Nutzung des Verkehrsmittels Fahrrad steigert. Die finanzielle Förderung der Nutzung des ÖPNV durch die Beschäftigten, die heute endlich auf der Tagesordnung steht, haben wir ohnehin immer wieder eingefordert.

Auf das dieses Jahr verabschiedete **Klimaschutzkonzept** können wir gemeinsam stolz sein. Es bietet nicht nur detaillierte Energiesteckbriefe für die 15 teilnehmenden Gemeinden, sondern weist bis 2025, vorrangig auf Basis der Steigerung der Energieeffizienz Möglichkeiten zur Energieeinsparung von 23% und sogar ein Potential von 27% CO₂-Emissionsvermeidung aus. Gemeinsam können wir bis 2025 durch Maßnahmen und einer

Anschubfinanzierung lokal ca. 550 Arbeitsplätze schaffen und 60 Mio. Umsatz generieren. Der Kreis Böblingen kann dann bundesweit zu den Klimaschutzvorreitern gehören. Das bedeutet auch eine Bindung des Kapitals im eigenen Wirtschaftskreislauf, statt des Abflusses in Länder, bei denen die fossilen Energierohstoffe eingekauft werden müssen.

Etwas Wasser müssen wir in den Wein der Verwaltung beim Thema **Einhäusigkeit** der Landkreisverwaltung schütten. Den Erwerb des sogenannten Kopp-Geländes haben wir, wie bereits bei der letzten Haushaltrede angekündigt, mitgetragen. In Anbetracht der derzeit anstehenden immensen Investitionen, die der Landkreis in absehbarer Zeit tätigen muss, müssen die parallelen Bestrebungen für Investitionen in weitere Verwaltungsneubauten gut bedacht und vorbereitet werden. Wir wollen diese erst einmal zurück stellen, bis Klarheit über das Thema Versorgungsamt und die anderen anzugehenden Investitionen besteht.

Nun zum derzeitigen Brennpunktthema – **der Klinikverbund Südwest**:

Für uns Kommunalpolitiker liegt auf der Hand, dass, ein „Weiter so wie bisher“ nicht finanzierbar ist. Das liegt zu großen Teilen an den vorgegebenen Randbedingungen, die von uns nicht beeinflussbar sind. Hier können und müssen wir weiterhin die übergeordneten Ebenen wie Landes- und Bundespolitik auffordern, einen verlässlicheren Rahmen, möglichst eingebettet in ein tragfähiges Landes- und Bundeskonzept, bereit zu stellen. Eine Finanzierung alleine über die Fallzahlarithmetik kristallisiert sich als überholt heraus.

Die Basis für unser Handeln kann also nur das uns heute im Anschluss vorgestellte Medizinkonzept sein. Eine offene, gemeinsame und seriöse Auseinandersetzung, ohne Kirchturmpolitik ist hier angesagt. Wir hoffen, alle sind dazu bereit. Wichtig hierbei ist, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess mitnehmen.

Hierzu bedarf es einer transparenten Auseinandersetzung, sowohl mit dem Medizinkonzept, als auch mit den Standorten und deren Aufgaben und Schwerpunkten. Wie Landrat Bernhard bereits in seiner Rede zur Haushaltseinbringung erwähnt hat, ist Zeitdruck hierbei kein guter Ratgeber. Dies gilt jedoch genauso für endlose Diskussionen. Wir müssen zeitnah, das heißt spätestens bis Herbst 2014 ein gemeinsames Konzept verabschieden. Dies bedeutet auch, dass bereits der „alte“ jetzige Kreistag, dieses Konzept spruchreif vorbereiten muss. Ob eine Verabschiedung noch vor den Kommunalwahlen Ende Mai 2014 möglich ist, muss sich zeigen.

Zunächst muss allen Beteiligten und der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Änderung wirklich bewusst gemacht und erläutert werden. Erst danach ist überhaupt der Boden für die Bereitschaft der Auseinandersetzung mit dem **Wie** gegeben.

Damit dies wiederum funktioniert, muss auch ein **gemeinsames Ziel** definiert werden:

- Das gemeinsame Bekenntnis zum Erhalt aller bestehenden Klinikenstandorte bei einem Zusammenschluss von Böblingen und Sindelfingen.
- Eine deutliche Verschlankeung der Verbundstruktur um die klare Handlungsfähigkeit für die Klinikverbundleitung sicher zu stellen.
- Eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser im Kreis Böblingen durch die Bundes- und Landesregierung.
- Die Entwicklung und Verabschiedung eines Medizinkonzeptes, das nicht nur aus medizinischer Sicht, sondern auch aus Sicht der PatientInnen und MitarbeiterInnen sinnvoll und tragbar ist.
- Bei Wunsch von Sindelfingen Ausstieg von Sindelfingen aus dem Klinikverbund.
- Das gemeinsame Bekenntnis zum Erhalt des Klinikverbunds Südwest über beide Landkreise hinweg.

Erst wenn so ein gemeinsames Ziel abgestimmt ist, lassen sich lokale „Ausblühungen“, die mit entsprechenden Emotionen behaftet sind, weitestgehend vermeiden.

Im Rahmen dieser Herausforderungen muss jedes Kreistagsmitglied eine enorme Verantwortung übernehmen. Eine gewisse, vertretbare Transparenz zwischen Vertreter der Gebietskörperschaft und der Aufsichtsräte einerseits und dem Hauptorgan des Landkreises (Kreistag) andererseits ist hierfür unabdingbare Voraussetzung. Daher beauftragen wir die Verwaltung zu prüfen, inwieweit es auf Basis der aktuellen rechtlichen Situation möglich ist, den Kreistag - durch den Vertreter der Gebietskörperschaft Landkreis Böblingen (Landrat) in der Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsräten – regelmäßig (z.B. 4x / Jahr), nicht-öffentlich über die aktuellen Entwicklungen des Klinikverbund Südwest und seiner Tochtergesellschaften zu unterrichten und dies dann dementsprechend umzusetzen.

Mit dem Kreishaushalt befinden wir uns, da er zu großen Teilen über die Kreisumlage finanziert wird, immer im Fokus der Kommunen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass es der Landkreisverwaltung durch Einsparungen gelungen ist trotz der immens gestiegenen Lasten durch die Verlustübernahme im Klinikbereich den Hebesatz, unter der kritischen Grenze von 40% zu halten. Mit Hilfe der absehbaren weiteren Verbesserungen über die Gewerbesteuer-einnahmen halten wir einen Hebesatz von 39% im Lichte aller anstehenden Herausforderungen für gerechtfertigt.

Ich komme zum Schluss:

Starke Kommunen und Landkreise sind gut fürs Land

Die zentralen Herausforderungen werden auf der kommunalen Ebene umgesetzt. Als Beispiele nenne ich exemplarisch:

- Die dringend notwendige Energiewende über Klimaschutzkonzepte mit Hilfe der Stadtwerke.
- Die Bildungspolitik mit der Einrichtung und Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen und Ganztageschulen, sowie einem regional getragenen Umbau des Schulsystems.
- Eine nachhaltige Mobilität durch den Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV.

Der Bund darf die Länder und Kommunen bei der Finanzierung des ÖPNV nicht im Stich lassen. Von zentraler Bedeutung ist hier eine gesicherte Bereitstellung von Bundesmitteln für die Gemeindefinanzierung über 2019 hinaus. Auch daran werden wir die neue Bundesregierung messen.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, bei Ihnen, Herr Dr. Sigel, bei allen Damen und Herren der Kreisverwaltung für die stets freundliche und offene Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Kreistagsfraktion



Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Anlage 1: Übersicht Anträge Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2014